



Dezember 2023

BÜRGERGELD

Zum 01. Januar wird das Bürgergeld erhöht. Darüber wird derzeit viel diskutiert: Die Erhöhung der Regelsätze sei unverhältnismäßig, Arbeit würde sich nicht mehr lohnen und die Menschen würden sich freiwillig gegen Arbeit und für den Bürgergeldbezug entscheiden. Es lohnt sich ein Blick auf die Fakten zu werfen und mit einigen solcher Mythen und Falschbehauptungen aufzuräumen.

Erhöhung des Bürgergeldes

Die Regelsätze des Bürgergeldes werden für Alleinstehende zum 01. Januar 2024 von derzeit 502 Euro auf 563 Euro erhöht, was einer Anhebung von 12 % entspricht. Grundlage hierfür ist ein gesetzlich festgelegter Anpassungsmechanismus. Danach werden die Regelsätze nun schneller an die aktuelle Preisentwicklung angepasst werden. Die Erhöhung berücksichtigt also lediglich die starke Inflation, die gerade im Bereich der lebenswichtigen Güter, wie etwa Lebensmittel oder Strom, besonders hoch war.

Nötig ist dies auch, weil mit dem Bürgergeld ein Grundrecht berührt ist: Die Bürgergeldsätze definieren das soziokulturelle Existenzminimum unterhalb dessen ein menschenwürdiges Leben nicht zu führen ist. Dieses Grundrecht gilt es auch in Zeiten von staatlichen Ausgabenkürzungen und Haushaltsstreitigkeiten zu verteidigen.

Lohnt sich Arbeit nicht mehr?

Von verschiedenen Seiten wird argumentiert, dass sich Arbeit aufgrund der Erhöhung des Bürgergeldes nicht mehr lohnen würde. Manche Politiker und Lobbyisten werden nicht müde immer wieder zu behaupten, dass

Bürgergeldbeziehenden in Zukunft mehr Geld erhielten als Menschen mit Arbeitseinkommen.

	Bürger-geld	Mindest-lohn	Differenz
Single	966€	1.498€	532€
Alleinerzie-hende, 1 Kind (14 - 17 J.)	1.693€	2.328€	635€
Familie, 3 Kinder (14 - 17 J.)	3.514€	3.943€	429€

Tabelle 1: Haushaltseinkommen mit und ohne Erwerbstätigkeit (Quelle: WSI/Böckler)

Diese Aussage ist schlicht und ergreifend falsch: Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung hat anhand umfangreicher Berechnungen dargelegt, dass Haushalte in allen denkbaren Konstellationen immer mehr Geld erhalten, wenn sie arbeiten.

Bei Alleinstehenden, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, sind es im Durchschnitt 532 Euro mehr; bei Familien mit drei Kindern und einem Mindestlohneinkommen sind es je nach Alter der Kinder zwischen 429 und 771 Euro (siehe Tabelle 1). Dies liegt u.a. auch daran, dass Geringverdienende Anspruch auf zusätzliche Leistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag und einen größeren Freibetrag beim Erwerbseinkommen haben.

Der oft ins Feld geführte Lohnabstand – die Differenz zwischen dem geringsten Arbeitseinkommen und dem Bürgergeld – ist übrigens in den vergangenen zehn Jahren keinesfalls geringer geworden. Der Mindestlohn ist seit 2015 um 46 Prozent gestiegen, die Regelsätze hingegen nur um 41 Prozent.

Die Behauptung, dass Menschen nun massenhaft aus ihren Jobs in den Bürgergeldbezug wechseln, lässt sich auch empirisch leicht widerlegen. Daten des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung zeigen, dass es keinen verstärkten Zugang von Menschen aus der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit und den Bürgergeldbezug gibt.

Darüber hinaus wird mit der Annahme, dass Menschen bei ihrer Entscheidung einzig und allein auf die finanzielle Entlohnung blicken, ein völlig falsches Bild gezeichnet. Arbeit ist mehr als nur Broterwerb. Nicht Arbeit um jeden Preis, aber eine sinnstiftende Arbeit gehört für die allermeisten Menschen zu einem erfüllten Leben dazu.

IG Metall: Für Solidarität und Gute Arbeit

Viele Kritiker*innen der Bürgergelderhöhung haben vor allem eines im Sinn: eine Neiddebatte zu schüren und Bürgergeldbeziehende und Erwerbstätige gegeneinander auszuspielen. Fakt ist: Der Einsatz für eine bedarfsgerechte Grundsicherung und Gute Arbeit schließen sich nicht aus. Es gibt viele Möglichkeiten die Einkommenssituation von Arbeitenden, insbesondere im unteren Lohnbereich zu verbessern: Wer den Lohnabstand vergrößern will, sollte sich für eine Erhöhung des Mindestlohns und tarifvertraglich abgesicherte und gut bezahlte Arbeitsplätze einsetzen.

Doch gerade diejenigen, die vermeintlich als Anwälte der hart arbeitenden Leute gegen das Bürgergeld agitieren, wollen daran wenig ändern. Gewerkschaften sind hier gefragt. Als IG Metall setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen, tarifvertragliche Absicherung, faire

Löhne für alle und eine solidarische Grundsicherung ein.

Weiterführende Informationen

BMAS Faktencheck:

[BMAS - Das Bürgergeld im Faktencheck](#)

Interview zur Analyse des WSI:

[Interview - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut \(wsi.de\)](#)

Sopo-Info:

[Mehr Schein als Sein \(SDPOINFO - Informationen zur Sozialpolitik\) \(sopo-info.de\)](#)

E-Rundbrief zum Sozialrecht der KOS:

[recht.praktisch - Informationen für betriebliche Interessenvertretungen zum Sozialrecht](#)